

## PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

### Am Beispiel von Oberhausen

Verbandseigene Statistiken sagen deutlich, daß bei den Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen der staatsbürgerliche und politische Sektor etwas zu kurz kommt und prozentual hinter dem Umfang des gleichen Gebietes bei der VHS-Arbeit anderer Bundesländer zurückbleibt.

In den zurückliegenden Jahren wurde dann gern auf die *Volkshochschule Oberhausen* verwiesen, bei der der staatsbürgerliche und politische Stoff oft fast 50 Prozent der Themen des Arbeitsjahres ausmachte. Oberhausens jetziger Kulturdezernent, *Hilmar Hoffmann*, hatte diese Akzentuierung eingeführt. Sein Nachfolger *Wolfgang Pfalzgraf*, jetzt Leiter

der Volkshochschule Solingen, behielt sie bei, und der jetzige Leiter der Volkshochschule Oberhausen, *Manfred Dammeyer*, gibt die Gewähr, daß diese Tendenz strikt weitergeführt wird. Dammeyer führte auch erstmalig während eines Wahlkampfes ein mehrteiliges staatsbürgerliches Seminar für Jungwähler, zusammen mit dem Ring Politischer Jugend, durch.

Ober den vielen politischen Themen, den Rednern von Rang, dem jeweiligen Motto des VHS-Arbeitsjahres und den zur Diskussion gestellten Tabus, Aktualitäten und heißen Themen wurde zumeist nicht beachtet, daß diese Aktivität der VHS Oberhausen, das Erreichen von 700 Besuchern je Tag und das Ansprechen der in anderen Orten oft unzugänglichen Arbeiterschaft das Ergebnis der guten Zusammenarbeit mit dem DGB Oberhausen war, für dessen Bildungsarbeit der Sekretär und Rats Herr *Willi Haumann* verantwortlich zeichnet.

Der DGB Oberhausen darf für sich in Anspruch nehmen, von allen Gruppen der Stadt die qualitativ beste Filmerziehung und Filminformation zu bieten. Seine Ausstellungen beleben das kulturelle und politische Niveau der Stadt. Noch immer im Gedächtnis ist beispielsweise seine von fast 20 000 Personen besuchte Ausstellung der Fotos von Robert Capa. Daß der DGB Oberhausen eine Ausstellung im städtischen Jugendzentrum zum 30. Januar 1933, zum Auftreten der NSDAP in Oberhausen und zur Warnung vor der NPD zeigte, entspricht der von ihm in der Öffentlichkeit erwarteten Tradition des Eintretens für die Demokratie und der steten Mahnung. Unvergessen ist noch die große Ausstellung von Kinderzeichnungen aus Theresienstadt, zu der u. a. Plastiken von *Otto Waldner* und der Film „Hier fliegen keine Schmetterlinge“ gezeigt wurden; in Oberhausen ist dieser Filmtitel ein Begriff und mit Theresienstadt und dem Namen *Pawel Friedmann* verbunden. Zur Eröffnung dieser Ausstellung sprach übrigens der Chefredakteur dieser Zeitschrift, Dr. *Walter Fabian*.

Allein oder in Zusammenarbeit mit der Stadt oder der Volkshochschule hat der DGB Oberhausen immer wieder Glanzpunkte im Kulturleben der Stadt geschaffen; es würde zu weit führen, die Einzelheiten der jahrelangen erfolgreichen Arbeit aufzuzählen. Auch beim Nachholen von Abschlußzeugnissen und in der Berufsausbildung kommt der Bevölkerung die Arbeit des DGB und seine Zusammenarbeit mit der Volkshochschule zugute.

Seminare und vor allem Wochenendseminare der VHS sind nur durch diese Zusammenarbeit möglich, und sie finden auch im Oberhausener Gewerkschaftsjugendheim statt: Seminare, die oft für Höhepunkte sorgen.

So war es auch bei einem Seminar, das *Manfred Dammeyer* unter dem Titel „Die Information findet nicht statt“ an einem Wochenende durchführte. Gekommen waren etwa 50 Personen, die sich rege an den Diskussionen beteiligten.

Dammeyer, der u. a. auch eine Zusammenfassung aller in Taschenbüchern veröffentlichten Auseinandersetzungen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD erarbeitet hat, gab von Beginn an eine scharfe Analyse und Kritik zum Thema der BRD-Pressen. Schon seine Anfangsthese führte zum Aufbegehren seiner Hörer und zu ausgedehnten Diskussionen. Daß auch Zeitungen „Ware“ seien und lediglich unter Aspekten des Profites und der Marktgängigkeit produziert würden, mochte so mancher Hörer nicht wahrhaben.

Dammeyer führte dann weiter aus: Da Zeitungen aber über ihren Warencharakter hinaus sich ständig steigende gesellschaftliche Wirkung hätten, müsse dieser Wirtschaftssektor auch der Kontrolle des Parlamentes unterlie-

gen. Der Bundestag müsse beispielsweise die Rechte des Staatsbürgers auf umfassende Information und Orientierung über verschiedene Meinungen gegenüber einem Überwuchern des *Springer-Konzerns* wahren.

*Habermas* zitierend, sagte Dammeyer, der Begriff der Öffentlichkeit habe sich verschoben. In der Anfangszeit der Presse habe diese dem Bedürfnis des Bürgertums entsprochen, eine bürgerliche Öffentlichkeit zu schaffen; die Möglichkeit für jedermann, der es wünschte, am öffentlichen Gespräch teilzunehmen. Mit der Massenpresse habe eine neue Öffentlichkeit die bürgerliche Öffentlichkeit beiseite geschoben und verstärkte immer weiter den Trend, daß der Wunsch auf Teilnahme am öffentlichen Gespräch der Nichtigkeit anheimfalle. Um so wichtiger sei die Beibehaltung der polemischen Auseinandersetzung in jedem Blatt.

Dammeyer nannte eine Reihe von Themen, bei denen in der bundesdeutschen Presse das Informationsbedürfnis der Leser zu kurz käme. Einige davon waren: Vietnam, China, Kenntnisse über das Ausland überhaupt, innerdeutsche Fragen, Sozialpolitik, politisches Strafrecht, Sexualität.

Die überwiegende Mehrheit der Seminarteilnehmer suchte immer wieder den Ausweg aus der von Dammeyer geschilderten Situation in der Forderung nach einer von den Gewerkschaften empfohlenen und getragenen Tageszeitung. Diese Forderung wurde von drei Kennern der Materie zurückgewiesen. Zusammenfassend argumentierte diese kleine „Fraktion“ so: „Das ist in erster Linie eine Frage des Bewußtseins und der Anteilnahme der Staatsbürger. Alles spricht dafür, daß eine Tageszeitung der Gewerkschaften nicht in gebührendem Ausmaß beachtet und abonniert würde. Schon heute gibt es gewerkschaftliche Publikationen von sehr hoher Qualität, z. T. in Massenaufgaben. Der Augenschein verbürgt, daß der Wert der Zeitschriften nicht erkannt wird und die nebulose Vorstellung von einer allgemeingültigen, unabhängigen, echten Tageszeitung regiert. Auch in den Äußerungen des Seminars ist immer wieder gegenüber der Gewerkschaftspressen die Forderung nach Anderswerden, Unabhängigkeit und Qualität erhoben worden. So bleibt unsicher, ob eine Tageszeitung der Gewerkschaften besser wäre, ob sie mehr gelesen würde oder ‚unter Ausschluß der Öffentlichkeit‘ erschiene. Wir können deshalb den Gewerkschaften das riesige finanzielle Risiko nicht zumuten. Nehmen wir zunächst die Gewerkschaftspressen ernster, nehmen wir Anteil an dieser unserer Presse. Finden wir uns damit ab, daß Presse zunächst Vordergrundinformation bietet und daß wir zur weiteren Information Bücher lesen müssen!“

An dieses interessante Seminar sollen im neuen Arbeitsjahr weitere Themen des Sachbereiches Information und Publizistik angeschlossen.

*Günter J. Ograbek*